

**TÜRKEI BULLETIN 16/17**

Berichtszeitraum: 16. - 31. August 2017

*Inhalt: Opposition weiterhin auf der Suche nach 'Gerechtigkeit', Schreckensszenario 'Kurdistan' bringt Ankara und Teheran näher, Weitere Kapitel zum Scherbenhaufen Ankara-Berlin, Zollunion: Merkels Blockade sorgt in Ankara für Unmut*

**Überblick**

Aufgrund von zwei weiteren Notstandsdekreten hat Präsident Recep Tayyip Erdoğan erneut 928 Staatsbedienstete entlassen. Außerdem wurden drei kurdische Medienorganisationen geschlossen. Diese Maßnahmen werden mit einer angeblichen Verbindung zu Terrororganisationen oder der Gefährdung der nationalen Sicherheit begründet. Betroffen von den Entlassungen sind neben dem Militär auch das Justizministerium, das Innenministerium, die Polizei, das Patentamt sowie zahlreiche weitere staatliche Institutionen. Auch 120 Akademiker wurden mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entfernt. Der Geheimdienst MIT wird mit den neuen Dekreten direkt dem Präsidialamt unterstellt; er erhält das Recht, unmittelbar gegen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte zu ermitteln. Erdoğan leitet künftig auch eine neu ins Leben gerufene Institution, das 'Nationale Geheimdienst-Koordinierungskomitee' (türk.: Milli İstihbarat Koordinasyon Kurulu, kurz: MIKK).

Mit den neuen Dekreten wird zudem die maximale Dauer der Untersuchungshaft von fünf auf sieben Jahre erhöht. Das gilt für Beschuldigte, denen die Unterstützung von Terrororganisationen, Spionage oder eine Beteiligung am Putschversuch vom Juli 2016 vorgeworfen werden. Damit gilt die neue Regelung auch für die inhaftierten Deutschen Deniz Yücel, Meşale Tolu und Peter Steudtner. Gleichzeitig wurde Präsident Erdoğan mit den neuen Dekreten ermächtigt, ausländische Gefangene in deren Heimatländer abzuschieben oder auszutauschen. Bisher hatte die türkische Regierung stets auf die Unabhängigkeit der türkischen Justiz verwiesen.

Nach Angaben des Justizministeriums betrug die Zahl der mit ihren Müttern in Haft gehaltenen Babys und Kinder zuletzt 668 (Stand: Juli 2017). 149 dieser Kinder waren ein Jahr alt oder jünger. Dies ergibt sich aus der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Oppositionspartei CHP. UNICEF in der Türkei verweist auf die Kinderrechtskonvention der UNO. Demnach sollen Staaten sicherstellen, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird. Allerdings wird auch auf das Recht auf Bildung, Spiel und Freizeit hingewiesen. Eine Inhaftierung sollte deshalb nur das letzte Mittel sein. In der Post-Putsch-Türkei geht die Justiz mit solchen Fällen jedoch wenig zimperlich um: Meldungen über Mütter, die gleich nach dem Gebären von wartenden Polizisten als angebliche Gulenisten in U-Haft gebracht werden, gibt es zuletzt immer häufiger. Auch die deutsche Journalistin Meşale Tolu sitzt mit ihrem zweijährigen Sohn in einer Gemeinschaftszelle.

Seit einer Weile gibt es wachsende Spekulationen über eine bevorstehende Festnahme des Oppositionsführers Kemal Kılıçdaroğlu von der sozialdemokratischen CHP. Er habe nichts dergleichen im Sinn, versicherte Erdoğan bei einem Auftritt. Kılıçdaroğlu fabriziere lediglich Gerüchte, um im Gespräch zu bleiben. Allerdings drohte Erdoğan dem Oppositionspolitiker schon mehrmals, dieser möge nicht überrascht sein, wenn die Justiz bei ihm „auf der Matte stehe“. Sowohl für den 'Gerechtigkeitsmarsch' als auch für ein Interview im deutschen Nachrichtenmagazin Focus – Kılıçdaroğlu hatte Mitte dieses Monats in einem Interview mit dem Münchener Magazin den Deutschen von Reisen in die Türkei abgeraten – wurde dem Politiker ein Verfahren angedroht. Die Anklage sei schon geschrieben, meldete gar eine der regierungskritischen Nachrichtenseiten dieser Tage.

Nach der Veröffentlichung eines Fotos von Oppositionsführer Kılıçdaroğlu, das ihn während seines 'Gerechtigkeitsmarsches' im Unterhemd zeigt, entbrannte in der Türkei eine tagelange Polemik. Das Foto zeigt den 68-jährigen Politiker während seines mehr als 400 Kilometer langen Fußmarsches von Ankara nach Istanbul. Sichtlich erschöpft, sitzt er im Unterhemd und isst gerade mit seiner Tochter im Wohnwagen zu Mittag. 'Unanständig' und 'ärmlich' sei dieses Bild, hat Präsident Erdoğan wiederholt erklärt. 'Bürger Kemal' hatte das Massenblatt Hürriyet dieses Foto betitelt. Es ist nicht Erdoğan's Welt im 1.000-Zimmer-Präsidentenpalast in Ankara. Kılıçdaroğlu ist einer von uns – so sollte die Botschaft an die Türken lauten. „Ich rede über Gerechtigkeit, Erdoğan redet über mein Unterhemd“, entgegnete der Oppositionschef trocken auf die Schmähungen des Präsidenten.

### **Opposition weiterhin auf der Suche nach 'Gerechtigkeit'**

Die größte Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei CHP, hat zu einem viertägigen 'Gerechtigkeitskongress' ins westtürkische Çanakkale geladen. Wie bereits bei seinem 'Marsch für Gerechtigkeit', der ihm im Juli viel Aufmerksamkeit eingebracht hatte, stellt der Parteivorsitzende Kılıçdaroğlu das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Kongresses.

Zum Auftakt forderte Kılıçdaroğlu vor mehr als zehntausend Demonstranten mehr Demokratie in der Türkei: Es gebe „weder Recht noch Gerechtigkeit in diesem Land“. Auf dem Kongress sollen Workshops und Podiumsdiskussionen mit türkischen Bürgerrechtlern, Rechtsexperten und Politikern stattfinden. Themen wie Menschenrechte, Umweltschutz oder Religionsfreiheit sollen debattiert und das weitere Vorgehen erörtert werden. Mit dem 'Gerechtigkeitskongress' versucht Kılıçdaroğlu die Dynamik des gleichnamigen Marsches aufrechtzuerhalten, der Anfang Juli mit einer Großkundgebung in Istanbul geendet hatte. „Es ist meine Aufgabe, mich gegen die Tyrannen vor die Unschuldigen zu stellen“, erklärte er. Es gebe in der Türkei „nicht nur eine Person, sondern 80 Millionen, die nach Gerechtigkeit dürsten“. Der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP warf er 'Rechtlosigkeit' vor und beschuldigte sie, die Justiz zu beeinflussen. „Tausende unschuldige Menschen sind zu Opfern geworden. Tausende Akademiker verloren ihre Jobs. Die Gefängnisse sind voller Journalisten. Diese Tatsache werden wir nicht vergessen. Abgeordnete sind in Gefängnissen“, so die Bilanz Kılıçdaroğlus.

Der Gerechtigkeitskongress ist ein Novum in der Geschichte des Landes. Der Kongress sei nicht für die Partei gedacht, sondern für die Allgemeinheit, heißt es bei der CHP. Aus diesem Grund sei auch das Logo der Partei nirgends zu sehen. Die sozialdemokratischen Kemalisten wollen eine breite Mehrheit gegen den immer mehr autoritär regierenden Erdoğan aufbauen. Es geht um die Sammlung von Linken, Liberalen, Nationalisten und enttäuschten Erdoğan-Wählern. Knapp 49 Prozent hatten beim Volksentscheid im April gegen die Einführung einer Präsidialverfassung gestimmt.

Die Veranstaltung findet bei Çanakkale auf der Gallipoli-Halbinsel im Westen des Landes statt. Die Gegend war im Ersten Weltkrieg Schauplatz blutiger Schlachten zwischen dem Osmanischen Reich und den westlichen Invasionstruppen. In den monatelangen Kämpfen gelang es den osmanischen Truppen unter General Mustafa Kemal im April 1915, die Alliierten zum Rückzug zu zwingen. Mustafa Kemal, später mit dem Titel 'Atatürk' als ewiger Führer der türkischen Nation geehrt, gründete acht Jahre später die Türkische Republik. Er genießt als Held des Unabhängigkeitskrieges und Gründer der modernen Türkei bis heute großes Ansehen bei weiten Teilen der Bevölkerung. Mit der Wahl von Çanakkale als Kongressort betont Kılıçdaroğlu das Selbstverständnis der CHP als Erbin Atatürks.

Zuletzt war eine vorsichtige Annäherung der CHP an die prokurdische HDP zu beobachten. Die Führung der sozialdemokratischen Partei schickte wiederholt Vertreter zu den 'Gerechtigkeitswachen', die die HDP in den vergangenen Wochen in Diyarbakır, Istanbul und anderen Städten organisiert hat. Die HDP-Führung rief ihrerseits zur Teilnahme am Kongress in Çanakkale auf.

## Schreckensszenario 'Kurdistan' bringt Ankara und Teheran näher

Erstmals seit der islamischen Revolution im Iran 1979 hat der Armeechef des östlichen Nachbarn die Türkei besucht. Mohammed Bagheri kam mit neun seiner Generäle und blieb für drei Tage. Anschließend gab er iranischen Nachrichtenagenturen die offiziellen Ergebnisse seiner Gespräche in Ankara bekannt: mehr Austausch von Geheimdienstinformationen bei der Terrorismusbekämpfung und künftig engere Zusammenarbeit der Armeen beider Länder mit Austausch von Offizieren und gemeinsamer Ausbildung. Doch die Themen, die Erdoğan und seinen persischen Gast vornehmlich interessierten, waren natürlich andere. Drei regionale Brennpunkte in unmittelbarer Nachbarschaft beider Länder haben Ankara und Teheran einander nähergebracht: das für den 25. September angesetzte Referendum der Kurden im Nordirak, die von Saudi-Arabien betriebene Blockade des Golfstaats Katar – eines Partners der Türkei wie des Iran – und natürlich der Krieg in Syrien.

Der iranische Armeechef erklärte nach seinen Gesprächen in Ankara, die Türkei und der Iran seien sich einig, der Volksentscheid im Nordirak über staatliche Unabhängigkeit werde der Sicherheit in der Region schaden. Mit dem Referendum komme es zu einer neuen Welle der Spannungen und Konflikte im Irak, so Bagheri für das iranische Staatsfernsehen. Weder Ankara noch Teheran wollen einen unabhängigen Kurdenstaat. Beide sehen darin eine Bedrohung ihrer territorialen Verfasstheit. Damit ergeben sich auch gemeinsame Interessen im Krieg in Syrien. Der Iran ist zwar neben Russland die wichtigste Stütze für den syrischen Machthaber Baschar al-Assad, dessen Sturz Erdoğan wünscht, doch der Ausbau der Allianz zwischen den USA und der Kurdenmiliz der Volksverteidigungseinheiten (YPG) im Norden Syriens ist für die Türkei wie für den Iran eine Entwicklung, die rasch gekontert werden muss. Die türkische Armee bereitet in diesen Tagen offenbar eine neue, zweite große Militäroperation in Syrien vor. Dabei soll es zunächst um einen Angriff auf islamistische Rebellen in Idlib, dann um die Kurden in Afrin gehen, so türkische Medien. Einem Bericht der regierungstreuen Zeitung Yeni Şafak zufolge bot Bagheri den Kurden ein koordiniertes militärisches Vorgehen in Idlib an. Die Türkei will in Nordsyrien offensichtlich die kurdisch verwaltete Zone aufbrechen. Die dortige Kurdenmiliz YPG – die von den USA mit Waffen beliefert wird – sei eng verzahnt oder gar identisch mit der Terrororganisation PKK – so die türkische Begründung.

Wenige Tage nach dem Besuch von Bagheri war auch US-Verteidigungsminister James Mattis in der Türkei unterwegs. Erdoğan machte nach seinem Treffen mit Mattis klar, wie sehr die Unterstützung der USA für die syrisch-kurdische YPG der Türkei Unbehagen bereite. Erdoğan habe bei dem Treffen zudem deutlich gemacht, dass die Türkei das im kommenden Monat geplante Unabhängigkeitsreferendum im kurdischen Autonomiegebiet Nordirak für falsch halte, so die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu. In der Ablehnung des Referendums war er sich mit Mattis einig. Mattis traf in Ankara zunächst seinen türkischen Amtskollegen Nurettin Canikli, bevor er mit Erdoğan zusammenkam. An dem Treffen nahmen auch MIT-Geheimdienstchef Hakan Fidan und Präsidentensprecher Ibrahim Kalin teil. Ziel der Reise Mattis' war es nach US-Angaben, der Türkei die Unterstützung als NATO-Verbündeter zuzusichern. Zudem wollten die USA dabei helfen, Sicherheitsprobleme der Türkei, darunter mit der PKK, zu lösen. Im Gegensatz zu den USA macht die Türkei jedoch keinen Unterschied zwischen YPG und PKK. Die NATO-Partner liegen deshalb seit Monaten wegen der US-Unterstützung für die Kurden im benachbarten Syrien über Kreuz. Die US-Regierung schätzt die YPG als schlagkräftigen Verbündeten im Kampf gegen den 'Islamischen Staat' (IS) und unterstützt sie bei der Offensive auf die IS-Hochburg Rakka mit Waffen, Luftangriffen und Spezialkräften. Die Türkei dagegen betrachtet die YPG wegen ihrer engen Verbindungen zur PKK als Terrororganisation und fordert die Einstellung der US-Militärhilfe.

Erdoğan hatte zuvor erneut klargemacht, dass die Türkei niemals einen kurdischen Staat an ihrer Grenze dulden werde. „Die Türkei wird niemals die Schaffung eines Terrorkorridors in Syrien zum Mittelmeer erlauben“, sagte Erdoğan auf dem Rückflug aus Jordanien und deutete eine Militärintervention gegen die Kurden an. „Wir werden einschreiten, was immer der Preis ist.“ Demnach würde sich die Intervention gegen die kurdische Region Afrin im Nordwesten Syriens richten. „Unsere Entschlossenheit hinsichtlich Afrin bleibt. Unsere Pläne laufen weiter wie vorgesehen“, sagte Erdoğan. Es wird schon seit Wochen über einen türkischen Militäreinsatz in Afrin spekuliert. Erdoğan deutete

auch an, dass die Türkei in der Provinz Idlib intervenieren könnte, die derzeit noch von Dschihadisten kontrolliert wird.

Bereits beim Besuch im Nordirak wenige Tage zuvor hatte das Unabhängigkeitsreferendum der Kurden auf Mattis' Agenda gestanden. Mattis hatte dem Präsidenten der autonomen Kurdenregion, Masud Barzani, gesagt, dass er die Volksbefragung ablehne. Auch der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu machte die Position in dieser Hinsicht klar. Nach einem Treffen mit dem irakischen Ministerpräsidenten Haidar al-Abadi in Bagdad sagte er, die Erwartung der Türkei sei „klar und einfach“. „Dieses Referendum sollte abgesagt werden“, so Çavuşoğlu.

Der Vorsitzende der ultranationalistischen Partei MHP, Devlet Bahçeli, geht sogar einen entscheidenden Schritt weiter und sieht im geplanten Unabhängigkeitsreferendum einen möglichen 'Kriegsgrund' für sein Land. Das Referendum sei ein 'Testlauf' für ein unabhängiges Kurdistan, so der MHP-Chef. „Dieses Referendum ist vollkommen zu Ungunsten der [im Nordirak lebenden, d. Red.] Turkmenen und der Türkei. Wenn nötig, muss dieses Referendum für die Türkei als Kriegsgrund gesehen werden.“

Die Türkei unterhält zwar enge Beziehungen zur kurdischen Autonomieregierung in Erbil, lehnt aber seit jeher einen unabhängigen Kurdenstaat ab. Ankara fürchtet, dass ein solcher Staat separatistische Tendenzen unter den Kurden in der Türkei verstärken könnte. Kurden stellen rund 20 Prozent der etwa 80 Mio. Einwohner der Türkei.

### **Weitere Kapitel zum Scherbenhaufen Ankara-Berlin**

Ein Ende der deutsch-türkischen Krise scheint noch nicht erreicht zu sein. Die Gefrierfachkälte, die zwischen Ankara und Berlin schon seit längerem herrscht, wird immer wieder überboten. Die neuesten Glieder der Dauerkrise sind die Einmischung Erdogans in den deutschen Wahlkampf, die vorübergehende Festnahme des deutsch-türkischen Schriftstellers Doğan Akhanlı in Spanien und Merkels Absage an die geplante Erweiterung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei.

Erdogan ruft seine 'Landsleute' zum Wahlboykott auf

Der türkische Präsident Erdogan hat die türkischstämmigen Wähler in Deutschland aufgerufen, bei der anstehenden Bundestagswahl am 24. September nicht für CDU, SPD oder die Grünen zu stimmen, und löste damit parteiübergreifende Empörung in Berlin aus. Sie seien „alle Feinde der Türkei“, so Erdogan. Die Deutschtürken sollten für Parteien stimmen, die die aktuelle antitürkische Politik nicht mittragen. Für die bilaterale Spannung sei allein Deutschland verantwortlich. „Gebt den politischen Parteien Unterstützung, die der Türkei nicht feindlich gesinnt sind. Es ist nicht wichtig, ob sie die erste oder zweite Partei sind“, sagte Erdogan, ohne konkret eine Partei zu benennen. Es gehe dabei „für meine Bürger in Deutschland“ um eine „Frage der Ehre“. Wenn man jedoch bedenkt, dass auch die übrigen relevanten Parteien angesichts der Umstände nicht gerade Türkei-freundlich im Sinne von Erdogans Verständnis auftreten, kann es sich bei der 'Wahlempfehlung' nur um eine verklausulierte Form des Wahlboykotts handeln.

Nur einen Tag später attackierte Erdogan den deutschen Außenminister Sigmar Gabriel, der wenige Wochen zuvor die Neuausrichtung der deutschen Türkei-Politik verkündet und sich somit in rasender Geschwindigkeit zum neuen 'Lieblingsfeind' Erdogans entwickelt hatte. „Er kennt keine Grenzen“, kritisierte der Präsident den deutschen Minister in einer Rede vor Anhängern. An die Adresse des deutschen Sozialdemokraten gerichtet fragte Erdogan: „Wer sind Sie, dass Sie mit dem Präsidenten der Türkei reden? Beachten Sie Ihre Grenzen!“ Er kritisierte, dass Gabriel versuche, „uns eine Lektion zu erteilen“. Wiederum an den Deutschen gerichtet, fügte er hinzu: „Wie lange sind Sie eigentlich in der Politik? Wie alt sind Sie?“ Zuvor hatte Gabriel sich jede Einmischung des türkischen Präsidenten in den deutschen Wahlkampf verboten und von einem „bisher einmaligen Akt des Eingriffs in die Souveränität unseres Landes“ gesprochen.

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki forderte, Erdoğan müsse klar aufgezeigt werden, dass sein Versuch der Einmischung in den deutschen Wahlkampf nicht hingenommen wird. „Eine vernünftige Reaktion der Bundesregierung wäre vielleicht auch einmal, keine Visa für Regierungsmitglieder der Türkei mehr auszustellen, wenn sie nach Deutschland oder Europa einreisen wollen“, schlug er vor. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel wies den Boykott-Aufruf Erdoğan scharf zurück: „Wir werden uns von niemandem, auch nicht von Präsident Erdoğan, da hineinreden lassen“. Sie stellte weiterhin klar: „Unsere deutschen Staatsbürger, egal welcher Abstammung sie sind, auch die türkischstämmigen deutschen Staatsbürger, haben ein freies Wahlrecht. [...] Wir verbieten uns jede Art von Einmischung in die Meinungsbildung.“ Mit Blick auf die aus der Türkei stammenden Wähler fuhr die Kanzlerin fort: „Ich lade alle ein, hier ihre Stimme abzugeben in einem freien Land. Darauf sind wir stolz.“ Über die Reaktion deutscher Politiker auf seinen Wahlaufruf machte sich Erdoğan lustig. „Natürlich ist ihnen unwohl geworden. Sie springen vor Angst auf und ab.“

In Deutschland leben laut Statistischem Bundesamt knapp drei Mio. Menschen, die aus der Türkei stammen. Von ihnen sind etwa 1,3 Mio. bei der Bundestagswahl im September wahlberechtigt. Eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration (SVR) zeigt, dass türkischstämmige Migranten vor allem mit der SPD sympathisieren. Es gebe eine „deutliche Neigung zum linken Parteienspektrum“, heißt es in der Untersuchung. Dabei stehe die „SPD mit etwa 70 Prozent klar an erster Stelle“. 13,4 Prozent neigen den Grünen zu, 9,6 Prozent den Linken. Mit CDU/CSU sympathisieren nur 6,1 Prozent.

Die Polemik zwischen Erdoğan und Gabriel ging aber auch nach der ‘Wahlempfehlung‘ des türkischen Präsidenten weiter. In einem Zeitungsinterview warnte der deutsche Außenminister seine Landsleute, ihren Urlaub an der türkischen Küste zu verbringen. „Man kann das nicht mit gutem Gewissen machen zurzeit“, sagte Gabriel mit Blick auf das Risiko möglicher Festnahmen. Das müsse sich jeder gut überlegen. „Die Entscheidung können wir als Staat niemandem abnehmen.“ Gabriel sagte weiter, besonders Journalisten könnten schnell in Verdacht geraten, Gegner der Türkei zu sein. Für die türkische Regierung sei jeder ein Terrorist oder Anhänger der Gülen-Bewegung, der nicht mit Präsident Erdoğan einverstanden sei. Die Chancen einer Erweiterung und Vertiefung der türkisch-europäischen Zollunion oder eines türkischen EU-Beitritts seien angesichts der aktuellen Umstände in weite Ferne gerückt. Ähnlich wie zuvor Erdoğan erklärte der türkische Außenminister Çavuşoğlu die deutsch-türkische Krise mit der näher rückenden Bundestagswahl. „Wir sehen, dass Stellungnahmen aus Deutschland eine rote Linie überschreiten. Wahlen kommen und gehen, aber Freundschaften bleiben. Wir warnen, vorsichtig zu sein“, so Çavuşoğlu.

#### Causa Akhanlı – Erdoğan's langer Arm reicht bis nach Spanien

Nur wenige Tage später wurde die Verhaftung des deutsch-türkischen Schriftstellers Doğan Akhanlı im spanischen Granada bekannt. Zunächst war nicht klar, was Akhanlı – der ausschließlich über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt – von den türkischen Behörden vorgeworfen wird. Die spanische Nachrichtenagentur Europa Press berichtete unter Berufung auf Polizeikreise, Akhanlı werde die Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Dies ist mittlerweile der Standardvorwurf der türkischen Justiz gegen mutmaßliche Putschisten wie gegen Oppositionspolitiker und Regierungskritiker in Medien und Kultur. Der Anwalt des Schriftstellers ließ wissen, dass gegen seinen Mandanten ein Dringlichkeitsvermerk – eine sogenannte red notice – der internationalen Polizeibehörde Interpol vorgelegen habe und dass er auf türkischen Antrag festgenommen worden sei.

Bei einer red notice handelt es sich weder um einen internationalen Haftbefehl noch um einen Suchbefehl der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation. Vielmehr ist es ein Ersuchen, den Aufenthaltsort einer bestimmten Person zu ermitteln und diese vorläufig festzunehmen. Laut Interpol entscheiden die Länder selbst, wie sie mit einer red notice umgehen. Kein Land kann also gezwungen werden, aufgrund dieser Fahndung einen Menschen festzunehmen. Im Großen und Ganzen sind sich die 190 Interpol-Mitgliedsländer aber einig, mit der red notice oder anderen Formen der gegenseitigen Unterstützung wirksame Werkzeuge in der Hand zu haben. Das gilt für die Bekämpfung von

Verbrechen jeglicher Art, einschließlich Terrorismus. Dabei arbeitet Interpol auch mit den Vereinten Nationen zusammen, etwa wenn es um die Überwachung von Sanktionen geht. Einen völkerrechtlichen Vertrag gibt es jedoch nicht. Juristisch gesehen ist Interpol ein Verein. Weder nationale Parlamente noch andere externe Institutionen können die Arbeit von Interpol kontrollieren. Streng genommen handelt es sich um eine zwar global praktizierte, aber auf der Basis des guten Willens beruhende Zusammenarbeit. Eine oppositionelle türkische Nachrichtenseite hatte vergangenen Juli berichtet, Interpol habe der Türkei für fast ein Jahr den Zugang zur Datenbank gesperrt, nachdem Ankara dort nach dem vereitelten Putschversuch vom Juli 2016 eine Liste mit 60.000 Festnahmeanträgen abgespeichert und somit das System fast zum Erliegen gebracht hätte.

Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich verärgert über den Fall. „Ich sage dazu, dass das aus meiner Sicht nicht geht. [...] Ich würde auch jederzeit den [türkischen] Ministerpräsidenten anrufen.“ Man dürfe die internationalen Organisationen wie Interpol nicht „für so was“ missbrauchen. Nach Bekanntwerden der Festnahme Akhanlis bat das Auswärtige Amt die spanische Regierung, den Deutschen nicht an die Türkei auszuliefern. Diese Bitte sei der Madrider Regierung „hochrangig“ von der deutschen Botschaft überbracht worden. Außenminister Gabriel schaltete sich persönlich ein und telefonierte mit seinem spanischen Amtskollegen Alfonso Dastis. Dabei habe Gabriel auch den Wunsch geäußert, dass Deutschland in das Auslieferungsverfahren einbezogen werde. Außerdem habe er um schnellstmögliche konsularische Betreuung des Schriftstellers gebeten.

Akhanlis Rechtsanwalt Ismail Uyar sprach von einer politisch motivierten Aktion der türkischen Regierung: „Die jetzige Festnahme zeigt den Versuch Erdoğans, seine Macht über die Grenzen seines Landes hinaus auszudehnen und weltweit gegen unliebsame und kritische Stimmen vorzugehen“, so Uyar auf Facebook. Er forderte die sofortige Freilassung seines Mandanten. Zwei Tage nach der Festnahme wurde Akhanlı unter Auflagen freigelassen. Doch er darf Spanien noch nicht verlassen und muss sich einmal pro Woche beim Gericht in Madrid melden. Etwa eine Woche nach der Festnahme wurde dann vermeldet, dass Interpol die red notice gegen den Kölner Schriftsteller aufgehoben habe. Ob und wann der Autor aber ausreisen darf, blieb bis Redaktionsschluss noch ungeklärt. Die Türkei hat nun 40 Tage Zeit, ihren Antrag auf Auslieferung zu begründen. Rechtsanwalt Uyar rechnet nicht mit einer Auslieferung seines Mandanten an die Türkei. Dort sei ein rechtstaatlicher Prozess nicht möglich. Zu der Spanienreise sagte er, sein Mandant habe von der deutschen Polizei keinen Hinweis erhalten, dass ihm bei einer Auslandsreise Gefahr drohe.

Gabriel zeigte sich erleichtert über die Freilassung des Autors: „Ich freue mich, dass Doğan Akhanlı wieder auf freiem Fuß ist. [...] Es wäre schlimm, wenn die Türkei auch am anderen Ende Europas erreichen könnte, dass Menschen, die ihre Stimme gegen Präsident Erdoğan erheben, in Haft geraten“, so der Niedersachse. Akhanlı, der seit 25 Jahren in Köln lebt und Mitglied der internationalen Schriftstellervereinigung PEN ist, äußerte sich wiederholt kritisch zur türkischen Regierung. In seinen literarischen Werken thematisiert er u.a. den Völkermord an den Armeniern, der vom türkischen Staat immer noch nicht anerkannt wird und bis vor wenigen Jahren ein Tabu und Grund für eine Festnahme war. Akhanlı setzt sich für die Aufarbeitung von historischer Gewalt und die Achtung der Menschenrechte ein. Nach dem Militärputsch 1980 ging er in der Türkei in den Untergrund; er war zwei Jahre in einem Militärgefängnis inhaftiert, ehe er 1991 mit seiner Familie nach Deutschland übersiedelte. 2009 wurde er vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet. Bei seiner Einreise in die Türkei im Jahre 2010 wurde Akhanlı verhaftet. Ihm wurde Raubmord und die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Er verbrachte mehrere Monate in Untersuchungshaft, bis er 2011 freigesprochen wurde. 2013 ließ jedoch ein Istanbul Gericht den Freispruch aufheben. Aus Angst vor Repressalien erschien Akhanlı nicht zur Verhandlung. Nun hat die türkische Justiz dies zum Anlass genommen, eine red notice zu erlassen.

### **Zollunion: Merkels Blockade sorgt in Ankara für Unmut**

Für Kanzlerin Merkel ist die Sache klar: „Auf jeden Fall werden wir zurzeit die Erweiterung der Zollunion, die Verbesserung, nicht machen mit der Türkei“, sagte sie in einem Interview mit Youtubern – und sorgte so für eine Welle der Empörung in der Türkei. Die Entscheidung über eine Vertiefung der

Zollunion liegt natürlich nicht allein in Berlin – doch Kanzlerin Merkel dürfte keine Schwierigkeiten haben, im Kreis der EU-Staats- und Regierungschefs ihre Haltung zu begründen. Schließlich hatte die EU-Kommission bereits im Dezember 2016 in ihrem Ersuchen um ein Verhandlungsmandat zur Zollunion ausdrücklich festgestellt: „Die Achtung von Demokratie und Grundrechten wird ein wesentlicher Bestandteil des Abkommens sein.“ Auch eine Reihe anderer EU-Regierungen hält deshalb nichts davon, jetzt über eine Vertiefung der Zollunion zu verhandeln. Und selbst wenn Berlin allein stünde: Das Verhandlungsmandat muss einstimmig erteilt werden.

Für die türkische Wirtschaft ist dies eine Hiobsbotschaft. Die Türkei ist – neben den Zwergstaaten Andorra, San Marino und Monaco – das einzige Nicht-EU-Mitglied, das der Zollunion angehört. Der Beginn der Zollunion im Jahre 1995 markierte einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Türkei zur EU-Vollmitgliedschaft. Mehr als 20 Jahre nach Inkrafttreten der Zollunion ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei in weite Ferne gerückt, doch die Zollunion ist für die Türkei weiterhin von enormer Bedeutung. Die türkische Wirtschaft bekam einen gewaltigen Schub. Mit der Zollunion öffneten sich für die türkischen Exporte die Türen nach Europa. Industriegüter und bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse werden seitdem zollfrei gehandelt. Im Handel mit Drittländern gilt für die Türkei der gemeinsame Außenzolltarif der EU. Nach EU-Angaben hat sich das Handelsvolumen zwischen der EU und der Türkei seit Inkrafttreten des Abkommens auf aktuell 146 Mrd. Euro vervierfacht. Heute erzielt das Land – trotz Erdogans nahezu tagtäglichem Poltern gegen die EU und den Westen – 49 Prozent seiner Exporterlöse in der EU und bezieht 40 Prozent seiner Importe von dort. Dank der Zollunion entdeckten auch immer mehr europäische Unternehmen die Türkei als Produktionsstandort. Von den knapp 17.000 ausländischen Firmen in der Türkei kommen etwa 12.000 aus der EU. Gab es beim Start der Zollunion 1995 in der Türkei rund 500 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung, so sind es heute über 6.800. Mit der Erweiterung und Vertiefung sollte die Zollunion auf Agrarprodukte, die öffentliche Auftragsvergabe und Dienstleistungen – etwa im Transportwesen – ausgedehnt werden. Experten rechnen vor, dass eine Modernisierung des Abkommens für beide Seiten gewinnbringend – also ein Win-Win-Szenario – wäre.

Angesichts dieser Zahlen reagierten türkische Politiker empört auf die Blockade Merkels. „Das ist eine unglückliche Erklärung“, sagte EU-Minister Ömer Çelik. Kein EU-Staat sollte den EU-Institutionen Anweisungen erteilen. Sowohl die Türkei als auch die EU würden von der Vertiefung der Zollunion profitieren, so Çelik weiter. Auch die regierungsnahе türkische Presse polterte gegen Merkel: Die Tageszeitung Sabah sprach von ‚Erpressung‘, die Zeitung Akşam titelte: „Deutsche Staatspolitik ist Türkenfeindlichkeit“. Unisono warfen alle Deutschland erneut vor, Terrorgruppen zu unterstützen.